

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1910)
Heft: 5

Artikel: Der Staat und Frauenarbeit
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

An die Männer.

Ihr lasst uns ruhig Geld verdienen
An Näh- und Schreib- und Bohrmaschinen;
Wir dürfen lehren, praktizieren,
Steno- und telegraphieren,
Kinder pflegen, Haushalt führen,
Und es fällt Euch gar nicht ein,
Um unsre Gesundheit besorgt zu sein.
Nur gerad' für's Stimmrecht, ach!
Find't Ihr uns zu zart und schwach.

In früheren Zeiten ist von den Männern am Sechseläuten politisch demonstriert worden, nun haben es die Frauen übernommen und werden daran festhalten, bis sie dessen auch nicht mehr bedürfen. Wir freuen uns, dass wir so weit sind, dass wir diesen ersten Schritt — und der erste ist immer der schwerste — tun konnten.

Frauenstimmrecht.

Die Synode der unabhängigen Kirche von Neuenburg hat nach lebhafter vierstündiger Debatte mit 76 gegen 25 Stimmen den Frauen das aktive Stimmrecht verliehen. Zu diesem Siege der Gerechtigkeit sollen die Antifeministen nicht wenig beigetragen haben, natürlich ganz wider Willen. Hr. de Morsier schreibt darüber im „Signal de Genève“:

„Wenige Tage vor der Abstimmung richtete Hr. Ph. Godet einen gedruckten Brief an die Mitglieder der Synode, in welchem er erklärt, dass er aus Achtung vor den Frauen sich gegen ihre Einnischung in kirchliche Angelegenheiten verwehre. Der Verfasser des Briefes erklärt weiter, dass der Beschluss der Synode, den Frauen das Stimmrecht zu geben, den Bankrott der unabhängigen Kirche bedeuten würde. Eine eigentümliche Art der Achtung vor den Frauen zu erklären: wenn sie sich mit den Angelegenheiten der Kirche beschäftigen, macht diese Bankrott!

Was würde Herr Godet sagen, wenn die Frauen nicht mehr in die Kirche kämen? Die Gotteshäuser wären so ziemlich leer!

Meine Damen, füllen Sie die Kirchen, geben Sie ihnen Leben; geben Sie das gute Beispiel durch die Regelmässigkeit, mit der Sie den Gottesdienst besuchen, legen Sie Ihr Almosen in den Klingelbeutel, veranstalten Sie Wohltätigkeitsbazare, um die Defizite zu decken, besuchen Sie die Armen, geben Sie Ihre Zeit für Angelegenheiten der Gemeinde, aber — — — Schweigen! Wenn Sie sprechen, bedeutet das den Bankrott!

Schöne Ehrung der Frauen! Schöne Art, Ihnen Achtung zu beweisen!

Also Dank den Herren Antifeministen und vor allen aus dem ehrenwerten Professor von Neuenburg. Solche Argumente — um ihnen einen anständigen Namen zu geben — sind die beste Unterstützung, die sie der Sache, für die wir kämpfen, angedeihen lassen können. Fahren Sie nur so weiter, meine Herren Antifeministen!“

* * *

Auch in Genf ist in der Abstimmung vom letzten Sonntag das kirchliche Frauenstimmrecht mit einem Mehr von über 800 Stimmen angenommen worden. Wir freuen uns dieses Resultates, das wohl zu erwarten, aber doch nicht ganz sicher war, da sich noch eine ziemliche Opposition zeigte. Wie schwer es doch den Männern fällt, die Frauen an ihren Rechten teilnehmen zu lassen! Wir gratulieren unsern Schwestern in Genf zu dem Erfolge und hoffen, sie werden von ihren neuen Rechten in einer Weise Gebrauch machen, die alle Einwendungen dagegen verstummen macht.

Der Staat und Frauenarbeit.

Kann man sich noch wundern, dass private Arbeitgeber den Frauen schlechtere Löhne zahlen als den Männern, wenn der Staat mit gutem Beispiel vorangeht? Und doch wäre von diesem in allererster Linie zu erwarten, dass er nur auf die Leistungen schaute und kein Ansehen der Person oder des Geschlechts konnte. Es ist betäubend, dass den meisten Männern so sehr der elementarste Gerechtigkeitssinn abgeht, dass sie es nicht über sich gewinnen, gegen die Frauen gerecht zu sein. Die Frauen brauchten gar keine politischen Rechte, wird uns oft gesagt, die Männer hätten ihre (der Frauen!) Interessen am Herzen und sorgten besser für sie, als sie selbst es tun könnten. Wir glauben, dass dieser Sirenen-gesang nachgerade seine Wirkung verfehlt und auch die vertrauenseligste Frau einzusehen beginnt, wie gut ihre Interessen in den Händen der Männer aufgehoben sind. Ein Beispiel dazu hat kürzlich wieder der Nationalrat geliefert, es war bei den Beratungen über das Besoldungsgesetz der Bundesbahnen. In Art. 1, der die Besoldungen der verschiedenen Klassen festsetzt, bestimmt der zweite Absatz, es könne die Besoldung der weiblichen Angestellten unter den für die sieben Klassen festgesetzten Minima gehalten werden. Regierungsrat Walther (Luzern), unterstützt von Regierungsrat Gobat (Bern), beantragte, diese Bestimmung zu streichen und folgenden Absatz einzuschalten: „Unter Voraussetzung gleicher Dienstleistung soll die Besoldung der weiblichen Angestellten die selbe sein, wie die der männlichen.“ Man sollte nicht meinen, dass irgend jemand etwas gegen diesen Antrag hätte einwenden können. Vielleicht sagte auch niemand etwas dagegen, wir wissen das nicht, berichtet wurde darüber nicht in der N. Z. Z.; aber Tatsache ist, dass er mit 53 gegen 37 Stimmen abgelehnt wurde. 37 gerecht denkende Männer im Nationalrat, das ist nicht viel! Wir haben keinen Grund, auf unser Parlament stolz zu sein, trotz der schönen Reden, die über das Proportionalwahlverfahren gehalten wurden. Im Gegenteil, es muss die Frauen unsomehr verletzen, keine Gerechtigkeit zu finden, da so viel von Gerechtigkeit gegen die Minderheiten gesprochen wird. Die Frauen, die doch in der Mehrheit sind, werden also nicht einmal den Minderheiten gleich geachtet. Das gibt zu denken!

Permanente hauswirtschaftliche Ausstellungen.

Hauswirtschaftliche Ausstellungen existieren schon im Kleinen in unsern Primarschulen, wo die Kinder Anschauungsunterricht erhalten, zum Teil auch in den Haushaltungsschulen, wo die verschiedenen Arten des Heizens gelehrt werden, der Wert der Lebensmittel, wo man viele Küchengeräte besitzt! Aber keine dieser zudem unvollständigen Ausstellungen ist dem Publikum zugänglich, und die Hausfrauen haben kein Mittel, sich über die neuesten Erfindungen oder die neuen Produkte, die für sie von Nutzen sein könnten, belehren zu lassen. Gewiss findet man sie in den Läden, aber man kann nicht verlangen, dass einem alles gezeigt werde, während man vielleicht nichts kaufen wird. Wir haben von Selbstkochern sprechen hören, von der Teppichbürste Viktoria, vom Staubsauger, wir lesen die Annoncen davon, aber wer hat sie funktionieren gesehen? Ich glaube, wir könnten die Sache zentralisieren und gute Propagandaarbeit tun, wenn wir entweder permanente hauswirtschaftliche Ausstellungen schaffen oder die schon bestehenden ausbauen. Sie könnten überdies sowohl den Primar-, wie den Haushaltungsschulen dienen. Sie wären so vollständig als möglich, interessant, methodisch angelegt; man fände da aus-